

## **Antrag**

**der Abgeordneten Michael Georg Link (Heilbronn), Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Christian Bartelt, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Carl-Julius Cronenberg, Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Maximilian Funke-Kaiser, Martin Gassner-Herz, Nils Gründer, Julian Grünke, Thomas Hacker, Philipp Hartewig, Ulrike Harzer, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Anikó Glogowski-Merten, Gyde Jensen, Dr. Ann-Veruschka Jurisch, Karsten Klein, Dr. Lukas Köhler, Konstantin Kuhle, Dr. Thorsten Lieb, Kristine Lütke, Ria Schröder, Anja Schulz, Dr. Stephan Seiter, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Benjamin Strasser, Jens Teutrine, Stephan Thomae, Johannes Vogel, Sandra Weeser, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP**

### **Deutschland steht an der Seite der Ukraine – Zeitenwende mit Leben füllen**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg gegen die Ukraine, begonnen mit dem Angriff und der Annexion der Krim in 2014, dauert nun schon über zehn Jahre an und hat unermessliches Leid ausgelöst, unzählige Familien zerrissen und Tausende Menschenleben gekostet. Seit dem Angriff Russlands auf die gesamte Ukraine am 24. Februar 2022 leistet die Ukraine einen unermüdlichen Verteidigungskampf. Diesen führt sie nicht nur für ihre eigenen Bürgerinnen und Bürger und um ihr Staatsgebiet, sondern die Ukraine verteidigt damit gleichzeitig unsere Freiheit und unsere demokratischen Gesellschaften hier in Deutschland und ganz Europa.

Nach fast drei Jahren der ununterbrochenen Bombardierung ukrainischer Schulen und Wohnhäuser, Kindergärten und Bahnhöfe, Krankenhäuser und Energieinfrastruktur, nach den verbrecherischen Verschleppungen von Kindern und Vergewaltigungen steht die Ukraine nun vor einem dritten kräftezehrenden und bedrohlichen Kriegswinter, der auch mit einer möglichen Flüchtlingsbewegung unmittelbare Auswirkungen für Deutschland haben wird. Gleichzeitig hat Putins imperialer Größenwahn und sein Bruch aller Regeln des internationalen Handelns eine neue perfide Dimension angenommen: Die Eingliederung tausender nordkoreanischer Soldaten in die russischen Streitkräfte verschafft Putin größeren Handlungsspielraum und erlaubt ihm, die enormen Verluste der eigenen Streitkräfte neben belarussischen auch mit nordkoreanischen Soldaten zu kompensieren.

Ohne Rücksicht auf eigene Verluste versucht das russische Regime die Ukraine so in einen endlosen Abnutzungskrieg zu ziehen, aus dem Putin schlussendlich als Gewinner hervorzugehen hofft. Das Erreichen der russischen Kriegsziele muss mit aller Entschlossenheit verhindert werden - auch um potentielle Nachahmer abzuschrecken.

Die Politik des Bundeskanzlers, die Ukraine lediglich so lange wie nötig, statt mit allem Nötigen zu unterstützen, wird der Bedrohung bereits seit Beginn des Angriffskriegs und gerade in dieser kritischen Lage in keiner Weise gerecht. Haushälterische Nebelkerzen, wie erst wieder in den vergangenen Wochen vom Bundeskanzler verbreitet, entbehren jeder faktischen wie verfassungsrechtlichen Grundlage und sind nichts anderes als ein gefährliches Ablenkungsmanöver für die eigene Untätigkeit. Der ukrainische Präsident Selenskyj hat wiederholt deutlich gemacht, dass in der aktuellen Lage insbesondere militärisches Gerät in ausreichender Anzahl und mit der benötigten Durchsetzungsfähigkeit, Reichweite und Munition schmerzlich fehlt. Die erklärte Zielsetzung des Bundeskanzlers und der damit verbundene politische Wille zur militärischen Unterstützung der Ukraine reicht maximal so weit, dass Russland den verbrecherischen Krieg gegen die Ukraine möglichst nicht gewinnt. Dies spielt jedoch einzig und allein Putins Strategie in die Hände, den Krieg immer weiter in die Länge zu ziehen und die Ukraine über einen jahrelangen Abnutzungskrieg in die Knie zu zwingen. Schon das monatelange Zaudern des Bundeskanzlers, bis Deutschland endlich der ukrainischen Bitte nach Lieferung von Kampfpanzern und anderen schweren Waffen nachkommen konnte, kostete die Ukraine Menschenleben und essenzielle Zeit, den russischen Aggressor zurückzudrängen. Die Ukraine jetzt nicht mit allem benötigten militärischen Gerät zu unterstützen, über das Deutschland verfügt und liefern könnte, während sich Putin ungehemmt der Unterstützung u.a. des iranischen Regimes sowie der belarussischen und nordkoreanischen Diktatoren bedient, ist verantwortungslos und eine politische Bankrotterklärung.

Auch muss der Bundeskanzler die von ihm selbst ausgerufene Zeitenwende endlich mit Leben füllen. Unabhängig davon, wer in Washington im Weißen Haus sitzt, müssen Deutschland und Europa mehr für die Sicherheit auf dem eigenen Kontinent tun, um den europäischen Pfeiler der NATO der Bedrohungslage entsprechend zu stärken. Dies muss für die deutsche Sicherheits- und Verteidigungspolitik handlungsleitend sein. Mit der Rückkehr von Donald Trump ins Weiße Haus in wenigen Wochen muss mit Blick auf den russischen Angriffskrieg aber auch klar sein: Die Ukraine hat jetzt keine Zeit mehr zu verlieren. Donald Trump hat seinen Politikstil bereits in seiner ersten Amtszeit unter Beweis gestellt. Zu erwarten, dass die Ukraine und Europa in seiner zweiten Amtszeit auf seine bedingungslose militärische Unterstützung zählen könnte, ist so naiv wie fahrlässig. Deutschland muss also seiner internationalen Verantwortung gerecht werden und die Ukraine endlich und entschieden befähigen, ihr Staatsgebiet vom russischen Aggressor zu befreien und ihren Verteidigungskampf zu gewinnen. Zu diesem Zweck muss die deutsche Bundesregierung sofort insbesondere die Lieferung des Marschflugkörpers TAURUS freigeben, um – entsprechend des Bundestagsbeschlusses von Februar 2024 – die Ukraine in die Lage zu versetzen, Angriffe auf militärische Ziele wie Munitionsdepots, Versorgungsrouten und Kommandoposten weit hinter den Frontlinien durchzuführen. Spätestens nach dem Kurswechsel bei der Reichweitenbeschränkung für amerikanische ballistische Raketen des Typs ATACMs durch die US-Administration Mitte November ist dies auch unter dem vom Bundeskanzler beschworenen Gleichschritt mit den Alliierten geboten. Aber auch die schnelle Lieferung weiterer Waffensysteme und Munition muss oberste Priorität der Bundesregierung sein.

Das Zögern und Zaudern des Bundeskanzlers müssen ebenfalls mit Blick auf die Perspektive einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine endlich ein Ende finden. Der Bundeskanzler darf nicht weiter hinter dem auf dem NATO-Gipfel in Vilnius 2023 unterstrichenen Bekenntnis zur vollständigen euroatlantischen Integration der Ukraine und zur Zukunft der Ukraine in der NATO zurückfallen, das er selbst für Deutschland unterzeichnet hat. Deshalb muss die deutsche Bundesregierung eine konkrete Perspektive für einen NATO-Betritt der Ukraine formulieren. Eine ernsthafte und belastbare Sicherheitsgarantie in Form einer NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, nach einem nachhaltigen, stabilen und von der Ukraine vereinbarten Waffenstillstand, muss dabei die Grundlage sein.

Die Ukraine leistet in ihrem Verteidigungskampf jeden Tag aufs Neue auch einen Dienst für die Sicherheit und Freiheit Deutschlands und Europas sowie für die regelbasierte internationale Ordnung. Deutschland darf hier nicht hinter den Erwartungen zurückbleiben: Es ist Verantwortung und Aufgabe der deutschen Bundesregierung, gerade jetzt in Zeiten des zunehmenden systemischen Wettbewerbs und der gezielten Unterwanderung der Grundfesten unserer regelbasierten internationalen Ordnung durch autoritäre Kräfte in der ganzen Welt, für die Achtung des Völkerrechts und den Schutz der territorialen Integrität unserer Partner einzustehen. Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts muss gewinnen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung unter Einhaltung der haushälterischen Vorgaben auf,

1. das ukrainische Selbstverteidigungsrecht mit unverbrüchlicher Entschlossenheit zu unterstützen und sich in diesem Zuge dem russischen Angriff auf die Ukraine mit ganzer Kraft entgegenzustellen, damit die Ukraine in der Lage ist, ihre volle territoriale Integrität in ihren auch von Russland 1991 anerkannten Grenzen und ihre volle Souveränität wiederzuerlangen;
2. der Ukraine dabei, insbesondere nach Putins jüngstem Eskalationsschritt durch die 10.000 nordkoreanische Soldaten an der Front, alle benötigten Waffen und Munition ohne weitere Verzögerung und ohne Reichweitenbeschränkung zur Verfügung zu stellen, allen voran den Marschflugkörper TAURUS, um die Ukraine in die Lage zu versetzen, Angriffe auf militärische Ziele wie Munitionsdepots, Logistikzentren, Versorgungsrouten und militärische Führungseinrichtungen weit hinter den Frontlinien durchzuführen;
3. dadurch, gerade in der Umbruchszeit der US-Administration, Washington und unseren Partnern zu zeigen, dass Deutschland weiterhin Verantwortung übernimmt und seinen Anteil trägt. Darüber hinaus sollte die Bundesregierung unverzüglich mit den europäischen Partnern in Verhandlungen für ein gemeinsames und dem aktuellen Kriegsverlauf angebrachtes Unterstützungspaket treten. Ziel ist eine Verkündung vor dem Amtsantritt von Donald Trump am 20.01.2025;
4. aufbauend auf dem Entschluss des NATO-Gipfels in Vilnius 2023 zur vollständigen euro-atlantischen Integration und Zukunft der Ukraine in der NATO, eine konkrete Perspektive für einen NATO-Betritt der Ukraine zu formulieren, mit der konkreten Option des NATO-Beitritts der Ukraine nach einem mit Zustimmung der Ukraine vereinbarten stabilen Waffenstillstand;
5. bei beschleunigter Abgabe von militärischem Gerät an die Ukraine aus Bundeswehrbeständen gleichzeitig die Wieder- und Nachbeschaffung

bei entsprechender Priorisierung des Bundeshaushaltes unverzüglich einzuleiten;

6. statt reaktivem Zögern eine aktive und an roten Linien orientierte Position einzunehmen, um eine Verhaltensveränderung beim russischen Aggressor herbeizuführen und damit das Leid der Zivilbevölkerung zu lindern und die Zerstörung der zivilen Infrastruktur zu unterbinden.

Berlin, den 3. Dezember 2024

**Christian Dürr und Fraktion**

*Vorabfassung – wird durch die lektorierte Fassung ersetzt*